



Presseschau vom 22.06.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass* in Rot (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen* in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Iwan Danilow: Amerika säubert seine Geschichte

Was zählen historische Verdienste, wenn die Menge tobt? Durch die harte Hand friedlicher Demonstranten stürzen in den Vereinigten Staaten inzwischen auch Denkmäler jener Männer, die im Amerikanischen Bürgerkrieg nicht für, sondern gegen die sezeessionistischen Südstaaten kämpften. ...

<https://sptnkne.ws/CKMM>

Valentin Raskatov: „Sehr gut verträglich“: Deutscher Corona-Impfstoff am Menschen erprobt

Weltweit laufen klinische Studien mit Impfstoffen gegen das SARS-Coronavirus-2 an. Am Freitag wurde nun auch die erste Probandin mit dem mRNA-Impfstoff des Tübinger biopharmazeutischen Unternehmens „CureVac“ behandelt. Im Sputnik-Gespräch hat Studienleiter Peter Kreamsner die Studie und den Wirkstoff eingehend erklärt.

<https://sptnkne.ws/CKN2>

abends/nachts:

Dan-news.info: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja

Morosowa über die Situation mit der Öffnung der Kontroll- und Passierpunkte im Donbass

Bisher haben wir keinerlei Positionen der Ukraine bezüglich des Grenzübertritts von Bürgern über den von uns vorgeschlagenen KPP erhalten. Wir fassen dieses Schweigen von Seiten Kiews als Zeichen der Zustimmung mit der humanitären Entscheidung der Regierung der Republik auf, ab dem 22. Juni einen Grenzübertritt für alle, die auf ukrainisches Territorium gehen wollen, zu beginnen.

Von Seiten der Republiken wurde alles getan, um zu diesem Schritt in Abstimmung mit Kiew zu kommen – wir haben unsere Vorschläge sowohl bezüglich der Bedingungen als auch bezüglich der Regelungen und bezüglich dessen, welcher KPP es sein soll, unterbreitet. Die Vermittler des Verhandlungsprozesses in Gestalt der OSZE und der RF haben dies mehrfach bestätigt.

Das Ignorieren von beliebigen unserer Vorschläge durch die Vertreter der Ukraine über fast zwei Monate hinweg zwingt uns buchstäblich, den Grenzübertritt von Bürgern zu beginnen, auch ohne ihre Positionen abzuwarten.

Wir erinnern die ukrainische Seite daran, dass der Grenzübertritt von Bürgern über die KPP eine dringende humanitäre Wichtigkeit hat – Tausende von Menschen wollen endlich nach Hause zurückkehren. Deshalb rufen wir Kiew auf, den Grenzübertritt von Einwohnern am KPP „Jelenowka“ nicht zu behindern und alles notwendige zu tun, um für die einen sicheren, bequemen und den Normen entsprechenden Übergang über die Grenze zu sorgen.

Wir haben uns auch an die Koordinatoren der OSZE mit der Bitte gewandt, auf die Vertreter der Ukraine Druck auszuüben, um einen unbehinderten Grenzübertritt für Bürger auf die ukrainische Seite über den KPP „Jelenowka“ zu gewährleisten.

de.sputniknews.com: Iranisches Parlament fordert vorübergehende Einstellung der IAEO-Inspektionen

Abgeordnete des iranischen Parlaments haben die Regierung aufgefordert, die Überprüfung der nuklearen Aktivitäten in der Islamischen Republik durch die IAEO vorübergehend zu stoppen.

Der Pressedienst des Parlaments des Landes berichtete, dass sich 240 Abgeordnete des neuen Parlaments an die Regierung wandten und die Exekutivbehörden aufforderten, die Umsetzung des Zusatzprotokolls zum IAEO-Sicherheitsabkommen vorübergehend einzustellen.

„Das iranische Parlament fordert die geachtete Regierung auf, die freiwillige Umsetzung des Zusatzprotokolls vorübergehend einzustellen und die Inspektionen in den Offline-Modus zu überführen“, heißt es auf der Website des Parlaments.

In der Mitteilung wird auch der Grund für einen solchen Aufruf an die Behörden genannt: „Als Reaktion auf eine gegen den Iran gerichtete Resolution des IAEO-Gouverneursrates“.

IAEO-Resolution

Am Freitag verabschiedete der IAEO-Gouverneursrat eine Resolution, in der der Iran aufgefordert wurde, Zugang zu den beiden Standorten zu gewähren, die die Agentur aufgrund angeblich nicht registrierter Aktivitäten besuchen möchte. Russland und China stimmten dagegen. Der Ständige Vertreter des Irans bei den internationalen Organisationen in Wien, Kazem Gharib-Abadi, erklärte, Teheran lehne die IAEO-Resolution ab, weil sie auf unbegründeten Behauptungen beruhe.

Kräfteverhältnis im Parlament

Das Parlament, das eine ähnliche Forderung an die Regierung stellte, versammelte sich Ende Mai - nach den Ergebnissen der Februar-Wahlen erhielten die Konservativen, die als Gegner des Kurses des iranischen Präsidenten Hassan Rohani gelten, die meisten Sitze. Experten wiesen in einem Gespräch mit der Agentur RIA Nowosti darauf hin, dass ein derartiges Kräfteverhältnis im Parlament internationale Abkommen in Frage stellen könnte.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32402/35/324023588_0:193:3075:1854_1000x0_80_0_1_db32e429d726c71a964499e8e9ed9c2e.jpg.webp

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat den Erlass „Über die Einführung eines Regimes der erhöhten Bereitschaft“ geändert. Ab dem heutigen Tag können Einwohner in die RF ausreisen, um die russische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Die Beschränkungen aufgrund der Coronavirusepidemie gelten seit mehr als zwei Monaten. Die Reisen waren gestoppt worden, um eine weitere Ausbreitung des Virus zu behindern. Gemäß dem neuen Erlass sind die Fahrten zum Erhalt der Pässe im Rahmen organisierter Gruppen erlaubt.

Außerdem sind Reisen in die RF bei Dienstreisen, familiären Notfällen, notwendigen ärztlichen Behandlungen sowie für Bürger der RF, unabhängig davon, wo sie ihren ständigen Wohnsitz haben, möglich. Die zweiwöchige Quarantäne bei der Rückkehr in die DVR gilt nicht, wenn die Rückkehr in die DVR am gleichen Tag erfolgt. Vergleichbare Regelungen gelten für Reisen in die LVR.

vormittags:

de.sputniknews.com: Nordkorea will zwölf Millionen Flugblätter über Südkorea abwerfen

Nordkorea will als Strafkaktion gegen Südkorea Millionen von Propagandaflugblättern auf das Nachbarland niederregnen lassen, berichten nordkoreanische Medien. Es handelt sich demnach um zwölf Millionen gedruckte Flugblätter.

Diese Flugblätter spiegeln „den Zorn und Hass der Menschen aus allen Gesellschaftsschichten“ wider, hieß es am Montag in Berichten der Staatsmedien, die unter anderem von der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap zitiert werden.

Außerdem sollen unterschiedliche Mittel zur Verbreitung der Handzettel über die Grenze vorbereitet worden sein, darunter auch mehr als 3000 Luftballons.

„Die Zeit für vergeltende Bestrafung rückt näher“, hieß es weiter.

Das Vereinigungsministerium in Seoul hatte Nordkorea am Samstag aufgerufen, die geplante Propagandaaktion zurückzuziehen. Seoul sieht darin einen Verstoß gegen die bilateralen Vereinbarungen von 2018 über vertrauensbildende Maßnahmen einschließlich der Einstellung von Flugblattaktionen und Lautsprecherdurchsagen entlang der militärischen Demarkationslinie zwischen beiden Ländern. Nordkorea wies die Forderung zurück.

Die Spannungen zwischen Nord und Süd verschärfen sich derzeit wieder. Nordkorea hatte zuletzt verärgert auf eine Flugblattaktion in Südkorea reagiert, bei der Bürgerorganisationen

Ende Mai nahe der Grenze circa 500.000 in Ballons verpackte Flugblätter mit Kritik an der Führung in Pjöngjang in Richtung Norden geschickt hatten. Nordkorea wirft der Regierung in Seoul vor, diese häufig durchgeführte Kampagne zu tolerieren.

Am vergangenen Dienstag war berichtet worden, dass Nordkorea nach südkoreanischen Angaben das innerkoreanische Verbindungsbüro in der Grenzstadt Kaesong gesprengt hätte. Das ereignete sich nach der Unterbrechung aller Kommunikationsleitungen zu Südkorea.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 21. Juni wurden zwei Feuerangriffe von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

Beschossen wurden **Frunse** und **Solotoje-5**. Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern und Antipanzerraketekomplexen (13 Geschosse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Ex-Berater Bolton: Putins Vorbereitungs niveau bei Verhandlungen „undenkbar“ bei Trump**

Der ehemalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, hat den russischen Präsidenten für seine Fähigkeit, sich auf Verhandlungen vorzubereiten, sehr hoch eingeschätzt.

Wie Bolton in einem Interview mit dem Sender ABC sagte, demonstriert Putin ein hohes Niveau bei Vorplanung, Vorbereitung und Gründlichkeit, die bei Donald Trump einfach nicht denkbar seien.

„Putin bereitet sich sehr umfassend auf die Treffen vor“, sagte Bolton. Er habe eine Vorstellung von den Menschen, mit denen er spreche. Er denke an die Ziele, die er erreichen wolle.

Laut Bolton wussten Trumps Helfer nicht, welche Themen er 2018 auf dem Helsinki-Gipfel mit dem russischen Präsidenten besprechen wollte.

„Ich wusste nicht, was er sagen würde. Es gab keine einzige Sekunde, in der wir wussten, was er vorhat, zu sagen. Wie ich in meinem Buch schreibe, stellte sich später heraus, dass beim Tête-à-Tête-Treffen aus meiner Sicht nichts Unerwartetes passierte, aber das bedeutet, dass wir es unbeschadet verlassen haben“, sagte Bolton, der Mitglied der US-Delegation beim ersten Treffen zwischen Putin und Trump am 16. Juli 2018 war.

Die Staatsoberhäupter sprachen etwa zwei Stunden unter vier Augen, dann wurde das Treffen unter Beteiligung anderer Delegationsmitglieder fortgesetzt. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32525/75/325257525_0:105:2948:1700_1000x0_80_0_1_c73247a66e8d72e55fe312ad5700ebc2.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Vucic: Serbien muss Integration in EU forcieren und dabei alte**

Freunde behalten

Nach dem Sieg der Regierungspartei bei den Parlamentswahlen wird Serbien die Integration in die Europäische Union beschleunigen und gleichzeitig seine alten Freunde behalten müssen, erklärte der amtierende Präsident Serbiens, Aleksandar Vucic, im Wahlstab seiner Partei in Belgrad.

Die Koalition der um die Serbische Fortschrittspartei von Vucic vereinten Kräfte hat laut Hochrechnungen mit mehr als 60 Prozent der Stimmen die Wahl gewonnen und kann nun mit etwa 190 der insgesamt 250 Parlamentssitze rechnen.

„Unterdessen müssen wir unsere Freunde, also all jene behalten, die auf unserer Seite waren, als wir es während der Coronavirus-Pandemie nicht leicht hatten und als die territoriale Integrität Serbiens bedroht war“, betonte Vucic.

„Wir werden unseren europäischen Weg forcieren müssen. Wir werden uns für zusätzliche Reformen entscheiden, ohne uns des Geständnisses zu schämen, dass wir irgendwo Fehler begangen haben oder Probleme entstanden sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir bei jemandem, der Einwände gegen uns hat, lieb Kind machen und uns bei ihm einschmeicheln sollen“, sagte Vucic.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32740/40/327404084_0:197:3071:1859_1000x0_80_0_1_32ffa326015a3832face8a44c87ced14.jpg.webp

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 21. Juni 3:00 Uhr bis 22. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 10.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Kaschtanowoje, Krutaja Balka, Mineralnoje, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, erlitt gestern beim Beschuss von Seiten der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im Petrowskij-Bezirk von Donezk eine Frau, geb. 1952, Wohnhaft Lukjanenko-Straße 44 eine Splitterverletzung am linken Teil des Bauches. Außerdem wurden infolge des Beschusses der BFU aus die Siedlung des Gagarin-Bergwerks folgende Schäden festgestellt:

Schaschurin-Straße 27, Wohnung 59 und 81;

Schaschurin-Straße 25, Wohnung 61.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 102.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 123.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **USA und Russland haben Abrüstungsgespräche in Wien begonnen**
Russland und die USA haben am Montag in Wien Gespräche über eine neue Vereinbarung zur atomaren Abrüstung begonnen. Ein erstes Fazit wollen die Unterhändler voraussichtlich an diesem Dienstag ziehen.

Als letzter Abrüstungsvertrag zur Begrenzung strategischer Atom-Waffen ist das Abkommen New Start in Kraft. Es läuft im Februar 2021 aus. Russland hatte zuletzt Druck gemacht, die Verhandlungen endlich zu beginnen. Vize-Außenminister Sergej Rjabkow nannte eine Neuaufgabe richtig und logisch.

Der New-Start-Vertrag sieht vor, die Nukleararsenale Russlands und der USA auf je 800 Trägersysteme und 1550 einsatzbereite Atomsprenköpfe zu verringern. Erst im vergangenen Sommer hatten die USA ein anderes wichtiges Abrüstungsabkommen beider Länder aufgekündigt: der INF-Vertrag über das Verbot landgestützter atomarer Kurz- und Mittelstreckenwaffen.

Nur mit China

Aus Sicht der US-Regierung wird der New-Start-Vertrag den Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. Die USA streben ein multilaterales Abkommen mit Beteiligung Chinas an, das mehr Transparenz über das Atomwaffenarsenal der Volksrepublik schaffen soll. Peking schlug eine Einladung nach Wien aber aus.

Auf die Frage, ob China einem Abkommen beitreten würde, antwortete Außenamtssprecherin Hua Chunying kürzlich:
„Wie allen bekannt ist, liegt Chinas atomare Schlagkraft nicht in der Größenordnung der USA und Russlands.“

Es sei „noch nicht der richtige Zeitpunkt“ für China, an Gesprächen über nukleare Abrüstung teilzunehmen. Erst seien die Besitzer der größten Arsenale in der Pflicht.

Die USA werfen China vor, Atomwaffenbestände zu modernisieren und zu vergrößern. Das werde die US-Regierung nicht zulassen, sagte Unterhändler Robert Wood im Vorfeld der Gespräche dem Sender CBS. Die US-Regierung vermutet, dass China sein Atomwaffenarsenal im Lauf der kommenden zehn Jahre verdoppeln könnte.

Die aufstrebende Militärmacht wird nicht nur von den USA als mögliche neue Bedrohung angesehen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg forderte das westliche Verteidigungsbündnis kürzlich auf, sich stärker gegen Bedrohungen durch China zu wappnen. Er verwies darauf, dass die Volksrepublik stark in Nuklearwaffen und Langstreckenraketen investiere, die Europa erreichen könnten.

„Bislang ist das aber nur Wunschdenken“

„Eines Tages sollten sich alle Atomkräfte auf einen einzigen Vertrag verständigen, der Obergrenzen für Atomwaffen festschreibt“, sagte der russische Militärexperte Pawel Lussin der Deutschen Presse-Agentur. „Bislang ist das aber nur Wunschdenken.“ Russland und die USA verfügten über viel mehr atomare Waffen als die anderen Atomkräfte. Vor Verhandlungen auf internationaler Ebene müssten sich beide Länder darauf verständigen, ihren Bestand zu reduzieren.

„Unsere Antwort wird dann ruhig, kalkuliert und ausgewogen ausfallen“

Moskau sei an einer Verlängerung interessiert, weil der Vertrag Vorhersehbarkeit und Transparenz biete, sagte der Experte. Russland mustere immer noch mehr Waffen aus

Sowjetzeiten aus als dass neue Waffen hinzukämen.

Russland hat mehrfach vor einem unkontrollierbaren Wettrüsten gewarnt, sollte der Vertrag nicht verlängert werden. Der russische Botschafter in Washington, Anatolij Antonow, sagte der Agentur Tass, sollten die USA aussteigen, sei die nationale Sicherheit Russlands aber nicht in Gefahr. „Unsere Antwort wird dann ruhig, kalkuliert und ausgewogen ausfallen.“

Befristete Verlängerung?

Eine Option wäre, den Vertrag befristet zu verlängern. Das sei um bis zu fünf Jahre möglich, schreibt Moritz Pieper von der Stiftung Wissenschaft und Politik in einer Analyse. „Mit Hilfe einer solchen Frist ließe sich Zeit gewinnen, um nach den US-Präsidentchaftswahlen möglicherweise mit einer neuen US-Regierung über eine eventuelle Modifizierung des Vertrags ins Gespräch zu kommen.“

Die USA hatten zuletzt den Ausstieg aus dem Abkommen über militärische Beobachtungsflüge („Open Skies“) angekündigt. Das Abkommen über den Offenen Himmel (Open Skies Treaty) erlaubt den 34 Unterzeichnerstaaten mehrere Beobachtungsflüge pro Jahr im Luftraum der Vertragspartner. Es wurde 1992 geschlossen und trat 2002 in Kraft. Bislang gab es mehr als 1500 Beobachtungsflüge.

Mzdnr.ru: Am 21. Juni wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion vorgenommen, weil das Laboratorium gewartet und desinfiziert wurde, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Am 22. Juni und 10:00 Uhr sind damit in der DVR insgesamt 1003 Fälle von Infektion registriert.

665 Patienten sind derzeit in Behandlung, 278 als gesund entlassen, es gibt 60 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Wieder Waldbrände in Tschernobyl-Sperrzone gemeldet

Der staatliche Dienst der Ukraine für Notfallsituationen hat am Sonntag erneute Waldbrände in der Tschernobyl-Sperrzone gemeldet. Bei den Löscharbeiten sind derzeit Rettungskräfte im Einsatz.

Am 21. Juni sei es in der Sperrzone nahe dem Dorf Ilinzy in der Försterei Lubjanka zur Entzündung von Waldstreu gekommen. Um 20:40 Uhr (Ortszeit) habe die Brandfläche drei Hektar betragen. Mit Stand vom 22 Juni 07:00 Uhr sei Glimmbrand von Grasbelag, Baumstümpfen und Hölzern registriert worden, berichtete der Notdienst.

Beim Löschen des Brandes waren elf Menschen und drei Fahrzeuge im Einsatz.

Am 4. April war es in der ukrainischen Sperrzone um das ehemalige Atomkraftwerk Tschernobyl zu einem Waldbrand auf etwa 20 Hektar Fläche gekommen. Nach Angaben der Rettungskräfte und der Polizei wurden die Brände durch den schneearmen Winter und die trockene Unterstreu hervorgerufen. Darüber hinaus wurden zwei Personen festgenommen, die verdächtigt werden, die Brände in der Tschernobyl-Zone mit verursacht zu haben.

Mitte Mai hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenski mitgeteilt, die ukrainische Feuerwehr hätte die Brände in der Tschernobyl-Zone gelöscht.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32699/27/326992767_0:106:3184:1829_1000x0_80_0_1_c3cca5a2dad17bde3793efd61da9b5cd.jpg.webp

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat zum Jahrestag des Beginns des Großen Vaterländischen Kriegs Blumen an der Siegessäule in Lugansk niedergelegt.



[http://img.lug-info.com/cache/d/a/\(595\)_4.jpg/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/d/a/(595)_4.jpg/w620h420wm.jpg)

de.sputniknews.com: **Boeing-Fehlabschuss: Ukrainischer Staatschef droht dem Iran mit internationalem Gericht**

Kiew wird sich laut den jüngsten Aussagen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski gegenüber der kanadischen Zeitung „Globe and Mail“ an internationale Gerichte wenden, falls der Iran seine Verpflichtungen in Bezug auf das im Januar abgeschossene ukrainische Boeing-Flugzeug nicht erfüllt.

„Ich hoffe, dass wir schließlich mit einer an einem Resultat orientierten Politik der iranischen Regierung rechnen können“, sagte Selenski.

Es gehe nicht nur darum, dass „sie uns die Blackboxes nicht zurückgeben“. Es gehe auch „um andere Versprechungen. Sie müssen sich offiziell entschuldigen. Sie müssen adäquate Entschädigungen zahlen“, so der ukrainische Staatschef weiter.

„Sie müssen tun, was sie versprochen haben. Ansonsten werden wir keine andere Wahl haben – und sie kennen unsere Position –, außer dem Gang vor die internationalen Gerichte“, warnte der Präsident.

Selenski teilte unter anderem mit, die iranische Seite erkläre die Verzögerung mit der

Rückkehr der Blackboxes mit der aktuellen Coronavirus-Situation.

„Aber dieses Problem kann nicht unendlich warten, weil wir eine ziemlich lange Zeit gewartet haben,“ sagte er.

Die Maschine der Ukraine International Airlines (UIA) war am 8. Januar nahe Teheran abgeschossen worden. Neben Iranern waren Bürger aus sechs weiteren Staaten an Bord: aus Afghanistan, Großbritannien, Deutschland, Kanada, Ukraine und Schweden.

Der Iran hatte zunächst den Abschuss bestritten, aber nach drei Tagen gestanden, die ukrainische Maschine irrtümlich zum Absturz gebracht zu haben. Das iranische Militär, das mitten in einer militärischen Konfrontation mit den USA in voller Alarmbereitschaft gewesen sei, habe das Passagierflugzeug für einen Marschflugkörper gehalten, hieß es aus Teheran.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32632/21/326322193_0:154:1024:708_1000x0_80_0_1_07793331b2e5ef30a3934b6044baf89d.jpg

nachmittags:

dan-news.info: Nachdem von Seiten der DVR heute wie angekündigt der Kontroll- und Passierpunkt Jelenowka für Ausreisen auf ukrainisches Gebiet geöffnet wurde, hat Kiew seinerseits trotz vorheriger anderslautender Ankündigungen um 10:30 Uhr diesen KPP für Einreisen geöffnet

dnronline.su: **Infolge der Schäden an der Infrastruktur des Kanals Sewerskij Donez – Donbass ist in einer Reihe von Ortschaften der DVR die Wasserzufuhr eingeschränkt**, teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit. Die Wasserzufuhr für Donezk ist um 20% reduziert, auf ein Drittel in Schachtjorsk, Tores, Jenakiewo, Kirowskoje, Debalzewo, Ulegorsk, Shadanowka. Die Filterstationen sind in größtmöglichem Maß auf Reservereservoirs umgestellt.

In einer Reihe von Ortschaften auf dem zeitweilig von der Ukraine besetzten Territorium ist die zentrale Wasserversorgung ganz ausgefallen.

Die Schäden befinden sich in der Grauen Zone, deshalb sind Reparaturarbeiten erst nach einer Vereinbarung eines Sicherheitsregimes möglich.

de.sputniknews.com: **Panzerwagen BTR-82A rettet russische Soldaten in Syrien**

Ein Schützenpanzerwagen des Typs BTR-82A hat russischen Soldaten in Syrien erneut das Leben gerettet. Eine Patrouille der russischen Militärpolizei bewegte sich auf einer Straße, als ein von Terroristen gebauter Sprengsatz mit einer geschätzten Kapazität von mindestens 50 Kilogramm TNT explodierte.

Wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, am Montag

mitteilte, wurde der Panzerwagen bei der starken Explosion nur leicht beschädigt, keines der Besatzungsmitglieder sei verletzt worden.

Russische Ingenieure arbeiten ständig an der Verbesserung der Schützenpanzerwagen. So erhielt das Modell BTR-82AT zusätzliche Stahlpanzerung, die vor Kugeln großkalibriger Maschinengewehre schützt, und spezielle Gitter, die die Wirksamkeit von Schüssen aus Hand- und Maschinengewehr-Granatenwerfern verringern.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/31977/21/319772147_0:130:4001:2290_1000x0_80_0_1_7a4acd00f3d8d5704cffae2e1ca93868.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 22.06.2020**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden zehnmals das Regime der Feueereinstellung verletzt.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 35. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Palas die **Siedlungen des Bergwerks 6/7 und des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen. Infolge des Beschusses der Siedlung des Gagarin-Bergwerks wurden zwei Häuser in der Schaschurin-Straße 25 und 27 beschädigt.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 54. Brigade Majstrenkos **Mineralnoje, Kaschtanowoje und Krutaja Balka** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Kämpfer der 79. Brigade haben auf Befehl von Luzenko die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks und Alexandrowka** mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen. Während des Beschusses der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks wurde **eine Frau, geb. 1952, verletzt.**

Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch adäquate erwidernde Maßnahmen unserer Verteidiger wurde die feindliche Feueraktivität unterdrückt. Die **Verluste des Gegners betragen zwei Verletzte** (Unterfeldwebel A.N. Kriworodko und Oberfährich D.K. Lewtschenko), außerdem wurde **ein Schützenpanzer mit der Nummer 231 vernichtet.**

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure Majstrenko, Palas und Luzenko hinzuzufügen.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen behindern weiter die Arbeit der OSZE-Mission, um Fälle von Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zu verheimlichen.

Wir haben die Aktivität von Stationen der elektronischen Kriegführung „Bukowel-AD“ aus

dem Bestand des 503. Bataillons für elektronische Kriegführung in den Gebieten von Schirokino und Lebedinskoje im Verantwortungsbereich der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte registriert, die die Leitungskanäle und Navigationssysteme von Drohnen der Mission blockieren, um Fälle der Stationierung von Militärtechnik und Waffen gegenüber der OSZE-Mission zu verheimlichen.

Mehr noch, uns wurde bekannt, dass derzeit im Stab der 10. Brigade eine Ermittlung über die Beteiligung von Kämpfern des 108. Bataillons an einem nicht genehmigten Beschuss in Richtung der Kameras der OSZE-Mission, die im Gebiet von Schirokino installiert sind, durchgeführt wird.

Es muss angemerkt werden, dass dies nicht der erste solche Fall ist. Zuvor wurde ein Fall von zielgerichteter Vernichtung von Kameras der OSZE-Mission durch ukrainische Kämpfer im Gebiet von Bogdanowka festgestellt.

Das Kommando des 2. Bataillons der 53. Brigade, dessen Einheiten neu eingetroffen sind, ist beunruhigt über Aktivitäten und die Anwesenheit von Nationalisten des Bataillons „Ajdar“ in seinem Verantwortungsbereich.

Vor dem Hintergrund des am 14. Juni erfolgten Schusswechsels zwischen Kämpfern der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte und Nationalisten aus „Ajdar“ hat der Kommandeur des 2. Bataillons der 53. Brigade entschieden, den Kommandopunkt mit zusätzlichen Sperrern aus Antipersonenminen und Stacheldraht auszurüsten sowie die Zahl der Beobachtungsposten im Hinterland zu vergrößern. Nach Informationen von unserer Quelle im Stab der 53. Brigade ging eine Anfrage zur zusätzlichen Versorgung von Stützpunkten mit zehn Antipersonenminen (POM-2) und drei Nachtsichtgeräten AN/PVA-14 mit der Unterschrift des Kommandeurs des 2. Bataillons A.N. Baklan ein, angeblich um die Beobachtung des Gegners zu organisieren. Außerdem wurde bekannt, dass bei der Durchführung von technischen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der eingenommenen Positionen im Gebiet von Starognatowka mit Stacheldraht „Jegosa“ der Soldat Podokopnyj eine Rissverletzung an der Hand erlitt. Wir bemerken ein Absinken des moralisch-psychischen Niveaus der Kämpfer des 18. Bataillons der 35. Brigade im Zusammenhang mit der **Verbreitung von Gerüchten über eine angebliche Planung eines massiven Artillerieschlags durch Einheiten der Volksmiliz** durch Spezialisten informationspsychologischer Zentren.

Folge der Informationsaktion des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen, die auf die Diskreditierung des Kommandos der Volksmiliz und dessen Beschuldigung in Bezug auf Beschüsse gerichtet ist, ist ein Versuch des Soldaten der 2. Kompanie des 18. Bataillons, des Matrosen D.A. Lissogor, die Frontpositionen im Gebiet von Nowgorodskoje zu verlassen. Während der Flucht von den Positionen geriet der Kämpfer auf einen Sprengsatz (RGD-5), der von den Einheiten der aus der OOS-Zone abgezogenen 58. Brigade installiert worden war. Lissogor wurde von Kameraden gefunden und mit einer Detonationsverletzung in ein Krankenhaus in Tschasow Jar gebracht.

Im Zusammenhang mit dem Geschehen ordnete der Brigadekommandeur Palas an, die Bewegungsfreiheit des Personals im Verantwortungsbereich des Bataillons einzuschränken. Derzeit wird in dem Bataillon zu dem Fall von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils eine Ermittlung durch eine Kommission aus drei Offiziere des Stabs der Brigade durchgeführt. Aus den Aussagen der Kameraden von Lissogor wurde deutlich, dass der Soldat sich aufgrund der Gefahr bei Kampfhandlungen zu sterben am Rand eines Nervenzusammenbruchs befand.

Nach Informationen aus dem Stab der OOS wurde im Generalstab der ukrainischen Streitkräfte entschieden, die Lieferung von Mörsergeschossen des Kalibers 120mm in die OOS-Zone zu verringern.

Der Grund dafür ist ein Bericht des SBU in der Oblast Donezk über die Lage der Verbände und Truppenteile in der OOS-Zone. Gemäß dem Dokument haben Mitarbeiter des SBU seit Beginn dieses Jahres 45 Fälle von Verbrauch von Munition über die festgelegten Normen

hinaus festgestellt. Es wird angemerkt, dass die Artilleristen der ukrainischen Streitkräfte beim Beschüssen auf Einheiten der Volksmilizen am häufigsten Mörsergeschosse des Kalibers 120mm einsetzen. Die größte Zahl von 120mm-Mörsergeschossen wird in der 54. Brigade verbraucht. Außerdem hat der SBU in 32 Fällen Soldaten und Kommandeure von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone des Versuchs des Diebstahls und des dann folgenden Verkaufs von Munition beschuldigt.

Im Zusammenhang damit hat der Leiter des Generalstabs der Ukraine Kornijtschuk angewiesen, die Lieferung von 120mm-Mörsergeschossen in die OOS-Zone zu stoppen bis die Umstände aufgeklärt sind. Der Kommandeur der OOS Krawtschenko wurde beauftragt, die Ergebnisse der Ermittlung zu den Fehlbeständen sowie Mitteilungen über Funktionsträgern, die für die Buchhaltung, Lagerung und Ausgabe von Waffen und Munition verantwortlich sind und deren Ernennung nicht mit den Organen des SBU abgestimmt wurde, zu liefern.

de.sputniknews.com: **Corona-Ausbruch auf US-Stützpunkt auf Guam gemeldet**

Auf einem amerikanischen Luftstützpunkt auf der Insel Guam ist Covid-19 bei 37 Militärs nachgewiesen worden. Dies berichten internationale Medien unter Berufung auf eine Erklärung des Kommandeurs des 36. Flügels der United States Air Force, General Gentry Boswell.

Betroffen ist die Andersen Air Force Base (US-Stützpunkt Andersen) auf der pazifischen Insel Guam.

„Es ist unklar, ob die Militärs mit Covid-19 auf Guam oder vor der Ankunft auf Guam infiziert worden sind“, so Boswell.

Bis zum 20. Juni wurden demnach 35 Militärangehörige aus einer Einheit mit der neuartigen Lungenkrankheit angesteckt. Darüber hinaus wurde Covid-19 bei zwei Piloten einer weiteren Einheit nachgewiesen. Alle Infizierten befinden sich demnach in Quarantäne. Es gebe keine zusätzlichen Informationen dazu.

Der erste Corona-Fall auf dem Luftstützpunkt soll am 25. Juni registriert worden sein. ...

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A.**

Osadtschij

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt** und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen eingesetzt.

Kämpfer der 93. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinkij **Frunse** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Straftruppen der 30. Brigade haben auf Befehl des Verbrechers Garas **Solotoje-5** mit Antipanzerlenkraketen beschossen, dadurch fiel die Stromversorgung der Ortschaft aus. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt....

de.sputniknews.com: **Weitere kompromittierende Aufnahmen angeblicher Biden-Poroschenko-Gespräche veröffentlicht**

Der ukrainische Abgeordnete Andrej Derkatsch hat am Montag weitere kompromittierende Audioaufnahmen publik gemacht, bei denen es angeblich um Telefongespräche zwischen dem ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Pjotr Poroschenko, und dem Ex-US-Vizepräsidenten Joe Biden geht.

Die Telefonate fanden mutmaßlich im Jahre 2016 statt und sollen innenpolitischen Angelegenheiten der Ukraine gewidmet gewesen sein. Den ersten Teil der Aufnahmen, die er von Journalisten erhalten haben will, hatte Derkatsch bereits veröffentlicht. Poroschenko bezeichnete sie damals als gefälscht.

Auf einer Pressekonferenz, die vom ukrainischen Fernsehsender 112.Ukraina übertragen wurde, gab Derkatsch seine Absicht bekannt, dem Staatlichen Untersuchungsbüro auch den zweiten Teil der Materialien zu übergeben. Im Zusammenhang mit den zuvor veröffentlichten Aufnahmen sei er von der Behörde als Zeuge vernommen worden.

In den Telefonaten besprechen ein Mensch mit der Stimme, die der von Biden ähnelt, und sein Gesprächspartner, dessen Stimme der Stimme Poroschenkos ähnlich ist, viele Themen.

Darunter ist die Entlassung des Chefs des ukrainischen Gasversorgungsunternehmens „Naftogaz“, Andrej Kobolew, gegen die sich „Biden“ aussprach, weil dies in Europa „als Problem wahrgenommen werden“ könnte. „Poroschenko“ versprach seinerseits, dass es nicht zu der Entlassung kommen werde.

Darüber hinaus besprachen die Telefonierenden die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung gemäß den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF). „Poroschenko“ versprach, Druck auf den Reformierungsrat und die ukrainische Regierung auszuüben, damit die IWF-Forderungen erfüllt würden.

Zu einem weiteren Thema soll die Causa um Alexander Onischenko geworden sein. Der ukrainische Oligarch und Ex-Abgeordnete des ukrainischen Parlaments, der Werchowna Rada, ist seit 2016 auf der Flucht. In der Ukraine wird er wegen angeblicher Steuervergehen und Unterschlagung gesucht.

„Biden“ versicherte „Poroschenko“, dass US-Sicherheitsdienste, darunter auch die Bundespolizei FBI, mit Onischenko nicht zusammenarbeiten würden. „Poroschenko“ bedankte sich dafür.

Die Gesprächsteilnehmer sollen mutmaßlich auch die Nationalisierung der ukrainischen „Privatbank“, den Rücktritt der Regierung von Arseni Jazenjuk und die Einsetzung des Kabinetts von Wladimir Grojsman sowie die Entlassung von Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin besprochen haben, wofür Kiew angeblich eine Finanzhilfe von Biden in Höhe von einer Milliarde Dollar erhalten haben könnte.

Im Rahmen des Verfahrens wegen der abgehörten Telefonate ist laut der ukrainischen Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa eine Begutachtung angeordnet worden. Die Umstände, unter denen die Aufnahmen entstanden seien, sowie der dabei präsente Personenkreis, die verwendeten technischen Mittel sowie die Möglichkeit zur Identifizierung der Stimmen würden derzeit geklärt, sagte die Generalstaatsanwältin.

Das Staatliche Untersuchungsbüro der Ukraine hatte Poroschenko zum Verhör vorgeladen. Da er nicht vor Gericht erschienen ist, hat das Gericht seine zwangsweise Vorführung erlaubt.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32720/83/327208325_0:663:2559:2047_1000x0_80_0_1_84a26212d7dca2a242ade588bd10780c.jpg

Dnronline.su: Heute, am Tag des Gedenkens und der Trauer, legte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin gemeinsam mit dem Bürgermeister des Nowoasowskij-Bezirks Oleg Morgun

Blumen am Denkmal für die Befreiungssoldaten nieder.



https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/06/Aktsia2206_2-1024x682.jpg

ukrinform.de: **Russischer Oberstleutnant der Polizei wegen Spionage für Ukraine festgenommen**

In Russland ist ein Oberstleutnant der Polizei wegen des Verdachts auf Landesverrats und „Zusammenarbeit mit dem SBU“ (Sicherheitsdienst der Ukraine- Anm.d.Red.), festgenommen worden.

Der Leiter einer Polizeidienststelle in der Oblast Kursk Dmitri Borsenkow wurde heute festgenommen, teilte der russische Geheimdienstes FSB mit. Nach Angaben der Spionageabwehr arbeitete 1981 geborene Borsenkow mit einer Abteilung des SBU zusammen, heißt es in der Mitteilung. „Im Auftrag des ausländischen Geheimdienstes sammelte er Informationen, die Staatsgeheimnisse enthielten, und gab sie weiter.“ Der Landesverrat kann in Russland mit einer Freiheitsstrafe von 12 bis 20 Jahren bestraft werden.

wpered.su: **In Donezk wurde das Andenken der Opfer des Großen Vaterländischen Krieges geehrt**

Heute, am 22. Juni, fand in Donezk am Denkmal für die Opfer des Faschismus eine Kundgebung aus Anlass des Jahrestags des Beginns des Großen Vaterländischen Kriegs statt. Um die Andenken der Opfer des Faschismus zu ehren, kamen Vertreter der KP der DVR, des Leninschen Komsomol der DVR, der Union sowjetischer Offiziere der DVR, der Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“, der Volkspatriotischen Union, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Am 22. Juni 1941 überfielen faschistische Truppen die Sowjetunion. Acht europäische Staaten gingen in den Krieg gegen den sozialistischen Staat. Die europäische Macht in einer einzigen Faust zusammenballend kamen diese Horden in unser Land. Aber das sowjetische Volk siegte, weil es wusste, wofür es kämpft und welchen Staat es aufbauen will“, sagte bei seiner Rede der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow.

Während der Veranstaltung ehren die Anwesenden das Andenken der Opfer des Großen Vaterländischen Kriegs mit einer Schweigeminute und legten Blumen am Denkmal für die Opfer des Faschismus nieder.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/06/22_ iyunya-768x432.jpg

de.sputniknews.com: **MH17-Prozess: Verteidigung plädiert für Beteiligung Russlands an Gemeinsamer Ermittlungsgruppe**

Es gibt keine juristischen Hindernisse für eine Teilnahme Russlands an der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe zum Absturz der malaysischen Boeing (Flug MH17) 2014 in der Ukraine, sagte die niederländische Anwältin Sabine ten Dushate am Montag bei Gerichtsanhörungen zu der Flugkatastrophe.

„Im Unterschied zur Ermittlungsgruppe, die der Sicherheitsrat der Niederlande (DSB) geleitet hatte, ist Russland kein Mitglied der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe gewesen. Aber die Ukraine ist es. Es gibt keine juristischen Hindernisse dafür, dass Russland Mitglied der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe wird. Schließlich hat Russland seine Unterschrift unter die UN-Konvention gegen grenzübergreifende organisierte Kriminalität vom 15. November 2000 gesetzt“, so die Anwältin.

Dushate erinnerte daran, dass Russland im Juni 2015 den Beitritt zur Gemeinsamen Ermittlungsgruppe beantragt und eine abschlägige Antwort erhalten hatte.

„Ich halte dieses Moment für wichtig, wenn wir uns selbst als offen dafür ansehen, auch andere Seiten ihren Standpunkt aussprechen zu lassen“, so die Anwältin.

Der Prozess zum Absturz der malaysischen Boeing hatte am 9. März 2020 begonnen. Angeklagt sind die drei russischen Staatsbürger Igor Girkin, Sergej Dubinski und Oleg Pulatow sowie der Ukrainer Leonid Chartschenko. Sie bleiben der Gerichtsverhandlung fern. Pulatow wird von einer Gruppe aus zwei niederländischen und einem russischen Anwalt vertreten.

Am 17. Juli 2014 war die Boeing der Malaysia Airline auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur über der Ostukraine abgestürzt. Alle 298 Menschen an Bord starben. Zwei Drittel von ihnen stammten aus den Niederlanden. Kiew beschuldigte die Donezker Volkswehr, das Flugzeug abgeschossen zu haben. Die Milizen wiesen die Anschuldigung zurück und erklärten, sie verfügten nicht über Waffen, die ein Luftfahrzeug in einer so großen Höhe treffen könnten.

Die Gemeinsame Ermittlungsgruppe, die unter Leitung der niederländischen Generalstaatsanwaltschaft die Umstände des Flugzeugunglücks untersucht, behauptet, dass die Boeing aus dem Fla-Raketenkomplex Buk abgeschossen worden sei, der der 53. Fla-Raketenbrigade der russischen Streitkräfte in Kursk gehört haben soll. Wie der stellvertretende Generalstaatsanwalt Russlands, Nikolai Winnitschenko, gegenüber RIA Novosti sagte, hat Russland den Niederlanden neben Daten russischer Radare auch Dokumente übergeben, die davon zeugen, dass die Buk-Rakete der Ukraine gehört hatte und von einem von Kiew kontrollierten Gebiet abgefeuert worden war. Diese Information wurde von den Ermittlern ignoriert.

Das russische Außenministerium erklärte, die Anschuldigungen der Gemeinsamen

Ermittlungsgruppe gegen Russland seien fadenscheinig und die Untersuchung voreingenommen.

Wie Russlands Präsident Wladimir Putin später sagte, wird Russland nicht zu den Ermittlungen zugelassen. Moskau könne nur die Ergebnisse der Ermittlungen anerkennen, wenn es selbst daran teilnehmen werde.

Putins Sprecher Dmitri Peskow hat wiederholt darauf verwiesen, dass Moskau die Anschuldigung wegen Teilnahme am Absturz des malaysischen Passagierflugzeuges kategorisch zurückweise.

dan-news.info: Einwohner der Republik waren zum Sonnenaufgang am Denkmalkomplex „Saur Mogila“, teilte die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ mit. Bei Sonnenaufgabe spannten Jungarmisten feierlich eine Fahne des Sieges mit einer Größe von 10 mal 20 Metern am Fuß des Monument am Gipfel des Hügels auf.

Die Kundgebung begann symbolisch genau um vier Uhr morgens, der Uhrzeit des Beginn des Großen Vaterländischen Kriegs. An ihr nahmen auch Aktivisten der Bewegung aus Tores und Sneschnoje teil.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/06/dan-news.info-2020-06-22_10-16-26_228076---22--5-1024x683.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Spionage-Anklage gegen Kanadier in China „politisch motiviert“ - Pompeo**

Der US-Außenminister Mike Pompeo hat die Spionage-Beschuldigungen gegen kanadische Bürger durch chinesische Behörden als politisch motiviert und unbegründet bezeichnet.

„Die USA sind äußerst besorgt über die Entscheidung der Volksrepublik China (VR China), gegen die kanadischen Staatsbürger Michael Kovrig und Michael Spavor eine offizielle Anklage zu erheben. Diese Anklagen sind politisch motiviert und völlig unbegründet. Die Vereinigten Staaten unterstützen Kanada, indem sie Peking auffordern, die beiden Männer unverzüglich freizulassen, und lehnen die Verwendung derartiger ungerechtfertigter Festnahmen zur Nötigung Kanadas ab“, heißt es in der Erklärung des Außenministers.

Darüber hinaus forderte Pompeo die sofortige Bereitstellung eines konsularischen Zugangs für kanadische Behörden zu den inhaftierten Bürgern gemäß dem Wiener Übereinkommen

über konsularische Beziehungen (WÜK), da China „diesen Zugang seit fast sechs Monaten verbietet und die Welt nichts über den Zustand dieser beiden Kanadier weiß“.

Zuvor hatten die chinesischen Behörden die kanadische Botschaft über eine Untersuchung gegen zwei ihrer Staatsbürger informiert, die im Verdacht stehen, die nationale Sicherheit Chinas zu untergraben - Michael Kovrig und Michael Spavor. Beide wurden festgenommen. Medien vermuteten, dass die Kanadier als Vergeltung für die Verhaftung von Huawei CFO Meng Wanzhou verhaftet worden seien.

Mitte Mai bestätigte das chinesische Außenministerium, dass zwei kanadische Staatsbürger aufgrund einer Entscheidung chinesischer Strafverfolgungsbehörden wegen des Verdachts auf Geheimdienstaktivitäten und Diebstahl von Informationen mit Staatsgeheimnissen festgenommen wurden. Am vergangenen Freitag wurde bekannt, dass der chinesische Staatsanwalt Kovrig und Spavor offiziell wegen Spionage und Aufklärungsaktivitäten angeklagt hat.

Dnronline.su: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin über die Unzulässigkeit der Realisierung eines gewaltsamen Szenarien von Seiten des offiziellen Kiew im Donbass

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt nach einer kurzen Periode der Reduzierung der Zahl der Beschießungen weiter angespannt. Im Zeitraum ab dem 20. Mai 2020 haben die bewaffneten Formationen der Ukraine insgesamt mehr als 300 Mörser- und Artilleriegeschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert, dabei wurden 42 Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt, drei Menschen wurden verletzt. Am Wochenende hat sich die Intensität des Beschusses unserer Ortschaften sogar noch vergrößert.

Im Lichte des oben Gesagten muss konstatiert werden, dass das offizielle Kiew mit einer Hartnäckigkeit, die einem besseren Vorhaben würdig wäre, auf die Realisierung eines gewaltsamen Szenarien setzt.

Der Zynismus, mit dem die ukrainische Seite die Ereignisse der letzten Wochen in den Medien darstellt, Videomaterialien veröffentlicht, die die Verletzung des Regimes der Feuereinstellung durch die Ukraine bestätigen, entmutigt.

Zurzeit schließen wir die Vorbereitung auf die Militärparade zum 75. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg ab. Ich zweifle nicht daran, dass dieses Ereignis, das nicht nur für jeden Patrioten der Republik, sondern auch für alle Einwohner des postsowjetschen Raums eine besondere Bedeutung hat, eine Gräte im Hals der Vertreter der „Partei des Krieges“ in der Ukraine ist, die die Geschichte umschreiben und die Ergebnisse des Großen Vaterländischen Krieges verdrehen wollen.

Im Zusammenhang damit will ich die ganze militärisch-politische Führung der Ukraine davor warnen, unbedachte Entscheidungen im militärischen Bereich zu treffen, deren Folgen voll und ganz auf ihrem Gewissen sein werden.

Ich wende mich an den Präsidenten Selenskij: Ergreifen Sie alle notwendigen Maßnahmen. Sie sind in der Lage, die Situation an der Kontaktlinie zu kontrollieren, was durch eine gewisse Reduzierung der Zahl der Beschießungen unseres Territoriums (oder von deren Fehlen wie in der LVR) in bestimmten, für Sie notwendigen Zeiträumen, bestätigt wird.

Ich halte es auch nicht für überflüssig daran zu erinnern, dass das durch die Vorbereitung auf die Parade veränderte Bereitschaftsniveau der Einheiten der Volksmiliz kein Hindernis dafür ist, dass sie Aufgaben zur schnellstmöglichen Entdeckung und Unterdrückung von Feuerstellungen des Gegners, der täglich das Territorium der Donezker Volksrepublik beschießt, ausführen.

Ich lenke die Aufmerksamkeit der Garanten der Minsker Vereinbarungen auf den provokativen Charakter der Handlungen der ukrainischen Seite und rufe sie auf, sich unverzüglich in den Prozess der Regelung einzumischen, um eine Einhaltung der Bedingungen der unbefristeten Waffenstillstands durch die Ukraine zu gewährleisten.

de.sputniknews.com: **Trump will mit Maduro dessen „friedlichen“ Rücktritt besprechen**
Der US-Präsident Donald Trump ist nach eigenen Worten zu Gesprächen mit dem Präsidenten von Venezuela Nicolás Maduro bereit – allerdings mit dem Ziel, den Rücktritt des venezolanischen Präsidenten zu besprechen. Dies ist auf Trumps Twitter-Account zu lesen.
„Im Unterschied zu Linksradikalen werde ich mich immer gegen Sozialismus einsetzen, auch gemeinsam mit dem venezolanischen Volk. Meine Verwaltung stand auch immer auf der Seite der Freiheit und war gegen das despotische Regime von Maduro! Ich würde Maduro treffen, um nur ein Ding zu besprechen und zwar seinen friedlichen Rücktritt“, schrieb Trump auf Twitter.

Anfang 2019 hatten in Venezuela Massenproteste gegen den amtierenden Präsidenten des Landes, Nicolás Maduro, begonnen, kurz nachdem er seine zweite Amtszeit als Präsident antrat. Der venezolanische Oppositionsführer Juan Guaidó hatte sich danach zum Interimspräsidenten erklärt, wobei die USA und europäische Länder Guaidó als neuen Staatschef anerkannten. In den letzten Wochen gab es in Venezuela Dutzende Festnahmen im Zusammenhang mit dem angeblichen Umsturzversuch.

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 22. Juni 2020**

Die Strafruppen der 79. Brigade, die keinen Erfolg an der Front haben, setzen die Taktik des Feuers auf Objekte der Infrastruktur und friedliche Einwohner fort.

Auf Befehl des Kriegsverbrechers Luzenko haben die Kämpfer das Feuer mit automatischen Granatwerfern AGS-18 auf Wohngebiete von **Alexandrowka** eröffnet und 25 Granaten abgefeuert. Infolge der ukrainischen Aggression und der Verletzung der Normen des humanitären Rechts wurde **ein ziviler Einwohner von Alexandrowka, geb. 1975, tödlich verletzt**.

Durch adäquate erwidernde Maßnahmen der Einheiten der Volksmiliz der DVR wurde die **Feueraktivität des Gegners** unterdrückt.

Die bestätigten **Verluste des Gegners betragen einen Toten und zwei Verletzte**.

Dies ist nicht der erste Akt der Aggression von Seiten der 79. Brigade. Durch verbrecherische Handlungen der Kämpfer wurde am 21. Juni beim Beschuss der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks eine Frau, geb. 1952, verletzt.

Für den Beschuss unserer Ortschaften und den Mord an friedlichen Bürgern haben die ukrainischen Strafruppen in den letzten zwei Tagen fünf Kämpfer und einen Schützenpanzer, der auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks feuerte, verloren.

Wir warnen das Kommando der 79. Brigade, dass der Beschuss auf unsere Ortschaften und Einwohner nicht unbestraft bleiben wird. Wir empfehlen den Soldaten, die die verbrecherischen Befehle ihrer Kommandeure ausführen, nachdrücklich, von deren Ausführung Abstand zu nehmen, an ihre Familien zu denken und lebend nach Hause zurückzukehren.

Die Materialien zu den genannten Beschießungen werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 79. Brigade der BFU hinzuzufügen.